

## Sozialethikerin für Brückenschlag: Menschenrechte - Religion

Die globale Gültigkeit der Menschenrechte könne nur dann voranschreiten, wenn der Brückenschlag zwischen Menschenrechten und Religion gelingt. Das hat die Wiener Sozialethikerin Prof. Ingeborg Gabriel betont. Sie äußerte sich im Rahmen eines Vortrags im Wiener Juridicum, zu dem die österreichische Gesellschaft für Kirchenrecht geladen hatte.

Die katholische Kirche habe hier, beginnend mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-65) und der Anerkennung der Religionsfreiheit bzw. dem Bekenntnis zur UN-Menschenrechtserklärung, ihre Hausaufgaben fürs Erste gemacht, andere Konfessionen und Religionen stünden hingegen noch vor Herausforderungen, so Gabriel, die konkret die orthodoxen Kirchen und den Islam ansprach.

Aus den Reihen der Kirchen und Religionen würden eine Reihe von Anfragen an die Menschenrechte gestellt, so Gabriel: Werde in den Menschenrechten nicht in ungehörlicher Weise einem Individualismus Rechnung getragen, "der westlicher Provenienz ist und dem das Gemeinschaftsdenken der Religionen gegenübersteht"? Könnten auch aus religiöser Sicht Rechte vor Pflichten gereiht werden? Schließlich die Frage, ob aus religiöser Sicht ein säkularer - nur auf Menschenrechten basierender Staat - überhaupt zu verantworten sei.

Prof. Gabriel machte in diesem Zusammenhang auf das Problem der Begrifflichkeiten aufmerksam. So würde etwa die wörtliche Übersetzung von "säkular" ins Arabische "gottlos" bedeuten. Aus diesem Grund gebe sie dem Begriff "ziviler Staat" den Vorzug.

Die Bruchlinien zwischen Anerkennung und Distanz zu den Menschenrechten würden innerhalb der Religionsgemeinschaften verlaufen. Es sei also nicht "der Kampf der Religionen gegen die Moderne, sondern vielmehr ein Kampf innerhalb der Religionsgemeinschaften um die Moderne", zeigte sich Gabriel überzeugt.

### Umdenken muss "von innen" kommen

Ein Hindernis für die globale Durchsetzung der Menschenrechte seien auch "antiwestliche Affekte", so die Sozialethikerin weiter. Nach mehr als 200 Jahren westlicher Dominanz über fast alle Teile der Welt seien die Errungenschaften der westlichen Moderne mit dem Makel des Imperialismus behaftet. Dazu zählten auch die Menschenrechte.

Deshalb sei es von besonderer Bedeutung, dass ein Umdenken bezüglich der Menschenrechte jeweils "von innen komme", wie es etwa im Bereich der arabischen Revolutionen der Fall sei.

Konfliktpotenzial bezüglich der Menschenrechte gebe es aber auch bei aktuellen Themen wie gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Abtreibung und Euthanasie, so Gabriel. Das seien aber keine Themen der ursprünglichen Menschenrechtsdeklaration gewesen, es gebe diesbezüglich keine verfestigte Menschenrechtsstandards.

Die Sozialethikerin plädierte deshalb für einen allgemein anerkannten Kern von Menschenrechten, sowie für einen "differenzierten Konsens", "wo eben nicht alle Positionen in Übereinstimmung gebracht werden können".

*Wien, 21.01.12 (KAP)*